

Beschlüsse

Gesamtmitgliederversammlung

26.11.2022

Leitantrag

Die soziale Lage vieler Menschen in diesem Land und in Potsdam hat sich aufgrund der multiplen Krisen der vergangenen Jahre drastisch verschlechtert. Die tiefgreifenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den allgemeinen Lebensstandard wurden weder erfolgreich noch ausreichend bekämpft. Der Paritätische Armutsbericht 2022¹ kommt zu dem Ergebnis, dass die Armutsquote in Deutschland mit 16,6 Prozent bzw. 13,8 Millionen Menschen einen erschreckenden Höchststand erreicht hat. Das sind 600.000 Menschen mehr, als vor der Pandemie. Hinzu kommen die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, in dessen Konsequenz sich die bestehende Wirtschaftskrise zusätzlich verstärkt. Im September lag die Inflationsrate bei 10%². Die hohen Preise für Lebensmittel, Miete, Wärme und Energie verschlechtern die soziale und wirtschaftliche Lage für viele Menschen extrem. Hinzu kommen die fatalen Auswirkungen des Klimawandels, der immer diejenigen besonders trifft, die keine Handlungsalternativen haben.

Die inhumanen Zustände, die wir alle im Kapitalismus ertragen müssen, spitzen sich zu. Ganz konkret: Potsdamer:innen können es sich nicht mehr leisten, die geforderte Miete zu zahlen oder die Wohnung zu heizen, können keine warme Mahlzeit zubereiten oder den Kühlschrank füllen. Kurzum: Viele haben am Ende des Geldes noch zu viel Monat übrig!

Anfang Juni musste die Potsdamer Tafel erstmals in ihrer 30-jährigen Geschichte einen Aufnahmestopp für neue Kund:innen verhängen. Die Kapazitäten der 200 Mitarbeiter:innen und die räumlichen Möglichkeiten sind erschöpft. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sind zu den 1200 bisherigen Kund:innen rund 1400 geflüchtete Ukrainer:innen dazugekommen, was mehr als eine Verdopplung des Bedarfs in nur wenigen Wochen darstellt. Dies führt zu völlig unnötigen Auseinandersetzungen um die knappen Lebensmittel. Der völlig ausgehöhlte Sozialstaat ist mit dieser Situation schlicht überfordert. Auf Nachfrage unserer Fraktion bestätigte die Stadtverwaltung, dass Gespräche zur Vergrößerung der Lager- und Ausgabekapazitäten geführt werden, aber keine konkreten Ideen und Maßnahmen existieren, um Menschen real vor Hunger zu schützen. In einem Interview erklärte die Leiterin der Potsdamer Tafel, Imke Georgiew: „Niemand kommt von staatlicher

1 <https://www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-arbeit-und-europa/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2022/>

2 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1045/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-veraenderung-des-verbraucherpreisindexes-zum-vorjahresmonat/>

Seite zu uns, um uns unter die Arme zu greifen. Es scheint selbstverständlich zu sein, dass wir jede neue Krise auffangen.“

Die Ursachen der diversen Krisen sind im menschenverachtenden Kapitalismus begründet. Den Auswirkungen der Krisen zu begegnen heißt damit, die Ursachen zu bekämpfen. Öffentliche Daseinsvorsorge, Energieversorgung, Wohnraumbewirtschaftung, Gesundheitsvorsorge und ÖPNV gehören vergesellschaftet. Unternehmen der Daseinsvorsorge, die bereits in öffentlicher Hand sind, müssen im Sinne des Wohls der Allgemeinheit ausgerichtet sein. Dies ist die Grundlage dafür, dass alle Potsdamerinnen und Potsdamer ein würdevolles Leben führen können.

1. Mietenstopp bis Ende 2024

Die Höhe der Mieten in Potsdam hat absurde Ausmaße angenommen. Und die Preise steigen kontinuierlich weiter. So unglaublich es auch klingen mag: Wohnen ist für viele Menschen zum Armutsrisiko geworden. Die extremen Mieten in Potsdam richten nicht nur sozialen Schaden an, sie belasten die Funktionsfähigkeit der Stadtgesellschaft und die lokale Wirtschaft. Fachkräfte, Azubis und Studierende, die in vielen Betrieben händierend gesucht werden, können sich das Leben in Potsdam nicht leisten. Bezahlbarer Wohnraum steht in Potsdam schlicht nicht mehr zur Verfügung und auch Neubauprojekte lösen dieses Problem nicht effektiv. Die Bürger:inneninitiative für einen Potsdamer Mietendeckel hat mit ihren über 17.000 Unterschriften unter Beweis gestellt, dass dies auch ein großer Teil der Potsdamerinnen und Potsdamer so sieht. Die Pro Potsdam hat aktuell ein Mietmoratorium bis Ende 2023 angekündigt. Allerdings werden die Mieten bei Neuvermietung weiterhin angehoben. Das verschlimmert die Situation des Potsdamer Wohnungsmarktes zusätzlich und muss gestoppt werden. Die ProPotsdam darf den Mietspiegel in der Stadt nicht durch Mieterhöhungen bei Neuvermietungen weiter anheizen. Deswegen fordern wir ein Mietmoratorium bis mindestens zum Ende des Jahres 2024. Mittelfristig müssen Wege gefunden werden, die Mietsteigerungen im privaten Sektor zu verhindern. Die Sozialerhaltungssatzung für die Teltower Vorstadt und Babelsberg-Süd ist ein erster wichtiger Schritt und muss schnell und rechtssicher umgesetzt werden. Darauf aufbauend fordern wir weitere Satzungen für große Teile Potsdams, beispielsweise für die Babelsberger Medienstadt, den Stern und den Schlaatz.

2. Soziale und klimagerechte Energiepolitik

Eine warme Wohnung und warmes Essen sind fundamentale Bestandteile eines würdevollen Lebens. Deshalb dürfen die Stadtwerke den Potsdamer:innen unter keinen Umständen Strom- und Gassperren aufbürden. Niemand soll im anstehenden Winter in Potsdam frieren müssen.

Die Stadtwerke müssen die Versorgung der zahlreichen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Schul- und Betreuungseinrichtungen, der Krankenhäuser, Pflege- und Senior:inneneinrichtungen und Bürger:innenhäuser sicherstellen. Nach den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie dürfen keine Kinder in den Schulen und keine Patient:innen in den Krankenhäusern frieren. Die Energieversorgung muss in Einrichtungen der Daseinsvorsorge sichergestellt werden.

Die Konsequenzen aus dem ausgerufenen Klimanotstand müssen endlich im städtischen Handeln spürbarer werden. Potsdam muss den Ausbau erneuerbarer Energien priorisieren. Städtische Liegenschaften müssen konsequenter als bisher mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet sowie der Ausbau von Windkraftanlagen und Geothermie beschleunigt werden. Als LINKE stehe wir für eine klimagerechte Sanierungspolitik und für den Erhalt des Staudenhofes.

3. Niemand soll hungern

Die Potsdamer Tafel versorgt wöchentlich 1.700 Menschen mit Lebensmitteln.³ Damit ist die Tafel, wie oben beschrieben, bereits im Juni dieses Jahres an ihre absolute Belastungsgrenze gekommen. Seitdem gilt ein Aufnahmestopp. Die tatsächliche Zahl von Potsdamer:innen, die sich selbst nicht mehr durch marktwirtschaftliche Mechanismen mit Essen versorgen können, liegt demnach deutlich höher. Diese Menschen werden durch die Profit- und Verwertungslogik des Kapitalismus an ihre absolute Existenzgrenze getrieben. Die 200 ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen leisten seit Jahren die Arbeit, die eigentlich vom staatlichen Gemeinwesen geleistet werden müsste. Der Staat ist augenscheinlich nicht mehr in der Lage, seine Bürger:innen effektiv vor Hunger zu schützen, dabei sollte es eine Kernaufgabe sein. Wir fordern, dass die Stadt Potsdam dazu übergehen muss, die Bürger:innen aktiv mit Lebensmitteln zu versorgen. Hierzu sollen städtische Essensausgaben, gemeinsam mit den Bürger:innenhäusern geschaffen werden. Bis dahin braucht die Potsdamer Tafel regelmäßige und ausreichende finanzielle Unterstützung durch die Kommune sowie die Bereitstellung kostenloser und angemessener Räumlichkeiten für ihre Tätigkeit.

³ <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/ueberlastete-tafeln-die-menschen-brauchen-uns-aber-wir-muessen-ihnen-sagen-wir-koennen-dir-nicht-helfen-a-d557a996-7415-4279-b572-ecadb4760aed>

4. Einführung eines kostenlosen ÖPNV in Potsdam

Viele Potsdamer:innen sind auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen, um die Arbeitsstelle zu erreichen oder Freizeit- und Bildungsangebote wahrzunehmen. Dies darf nicht zu einer existentiellen Belastung werden. Alle sollten unabhängig vom Einkommen die Möglichkeit haben, mobil zu sein. Das gilt vor allem, wenn die Benutzung von Rad und Auto keine Optionen mehr darstellt. Neben den ökonomischen Gründen sind auch die ökologischen Vorteile der Nutzung und des weiteren Ausbaus des ÖPNV hervorzuheben. Auch ein 49-Euro-Ticket können sich viele Menschen nicht leisten. Deshalb muss der ÖPNV stadtweit kostenfrei werden. Gemeinsam mit unseren Stadtverordneten werden wir verschiedene Modelle diskutieren und in die Debatte um die Zukunft des ÖPNV einbringen.

5. Tarifbindung und höhere Reallöhne

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung von Armut reichen nicht aus. Um Armut trotz Lohnarbeit zu verhindern, müssen die Löhne und Gehälter deutlich steigen. Der vorhandene Einfluss der Kommunen muss konsequent genutzt werden. Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften in den anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und fordern unsere Stadtverordneten auf, diese in der SVV zu begleiten. Wir fordern die Potsdamer:innen auf, gemeinsame mit den Gewerkschaften für ihre sozialen Rechte zu kämpfen. Als LINKE stehen wir dabei verlässlich an ihrer Seite!

6. Frieden als Grundwert unserer Politik

Die Zuspitzung der globalen Krisen macht auch vor Potsdam nicht halt. Die Kriegsgefahr in der Welt ist groß. Umso wichtiger ist es, dass auch der Kreisverband der LINKEN in Potsdam den Kampf für Frieden und Abrüstung nicht aus den Augen verliert. Die Zusammenarbeit des Kreisverbandes mit den friedenspolitischen Kräften ist nicht auf der Höhe der Anforderungen. DIE LINKE muss diesen Zustand beenden, sonst verlieren wir den Gebrauchswert als Partei des Friedens. Deshalb wird der Kreisverband in Abstimmung mit den Maßnahmen der Bundes- und Landespartei Schwerpunkte erarbeiten und auf potentielle Bündnispartner in der Stadtgesellschaft zugehen, um sie für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

Das Thema Krieg und Frieden muss stärker Bestandteil unserer politischen Debatten werden.

Antrag 1.1

Anerkennung der Fraktion Sozial.DIE LINKE als Vertretung der LINKEN in der Potsdamer SVV

Die Gesamtmitgliederversammlung wird gebeten, den Beschluss des Kreisvorstandes vom 29. September zu bestätigen:

- Der Kreisvorstand erkennt die Fraktion Sozial.DIE LINKE als legitime und im Namen der LINKEN vertretungsberechtigte Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam an.
- Der Kreisvorstand wird mit der Fraktion Sozial.DIE LINKE auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Unterbezirk Potsdam, Bündnis 90/ Die Grünen – Kreisverband Potsdam und DIE LINKE Kreisverband Potsdam die bisherige Zusammenarbeit in der Rathauskooperation fortführen, evaluieren und weiterentwickeln.
- Der Kreisverband Potsdam, vertreten durch den Kreisvorstand, die Ortsvorstände sowie die Mitglieder in den Ortsverbänden, den Basisorganisationen und Arbeitsgemeinschaften, arbeitet auf der Grundlage des Kommunalwahlprogramms und zu dessen Umsetzung bis zum Ende der Legislaturperiode sowohl mit der Fraktion Sozial.DIE LINKE als auch mit der Fraktion DIE LINKE zusammen. Beide Fraktionen werden aufgefordert, bei der Erfüllung des Wählerauftrages zusammenzuwirken.

Antrag 2

Mitgliederbeteiligung und Mitgliedermobilisierung

Die Ortsvorstände werden beauftragt, zwei Themenfelder,

- die Beteiligung der Mitglieder am parteiinterne Meinungs- und Willensbildungsprozess im Kreisverband sowie
- die Fähigkeit der Ortsverbände, Basisorganisationen und Arbeitsgemeinschaften zur Aktivierung und Mobilisierung der Mitglieder für politische Aktionen und Kampagnen,

einer kritischen Analyse zu unterziehen und zukunftsgerichtete Schlussfolgerungen für das Wahljahr 2024 abzuleiten:

Die Ortsvorstände und der Kreisvorstand bilden eine Arbeitsgruppe, die gebeten wird bis Ende Januar 2023 einen Zeitplan für eine Strukturdebatte vorzulegen, die folgende Punkte besonders berücksichtigt:

- Beteiligung der Mitglieder am parteiinterne Meinungs- und Willensbildungsprozess im Kreisverband
- Förderung der Aktivierung und Mobilisierung der Mitglieder für politische Aktionen und Kampagnen
- Schaffung von Räumen und Strukturen, die Mitgliedern auch jenseits von Aktionen und Kampagnen die Möglichkeiten bieten, sich am Parteileben zu beteiligen.

Dabei soll insbesondere die Zeitplanung für die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2024 berücksichtigt werden. Ergebnisse des Strukturprozesses sollen bis zu einer Gesamtmitgliederversammlung, die spätestens im November 2023 stattfinden soll, vorliegen. An der Arbeitsgruppe sollen der Kreisvorstand, die Ortsvorstände, sowie Vertreter:innen aller Gliederungen und weiterer Organisationsformen mitwirken.